

Musste das wirklich sein? – Ein Kommentar zur Verfassungsreform in Russland und die möglichen Folgen

Autor: Andreas Steininger*

Stand: 10. April 2020

Inhaltsverzeichnis:

- A. **Musste das wirklich sein?**
- B. **Zickzackkurs zum Machterhalt: vom 15. Januar 2020 bis zum 10. März 2020**
 - I. **Der Auftakt: die „Poslanie“ am 15. Januar 2020 und Rücktritt der Regierung Medvedev**
 - II. **Das vermeintliche Ziel: die Stärkung des Staatstrates**
 - III. **Die Überraschung: Ergänzung von Art. 83 Abs. 3 der russischen Verfassung**
 - IV. **Das Finale: die Duma-Sitzung am 10. März 2020**
- C. **Versuch einer Bewertung der Verfassungsänderung zur Verlängerung der Präsidentschaft Putins**
 - I. **Vielleicht will Putin gar nicht mehr?**
 - II. **Die Art und Weise der Verfassungsänderung: Rückkehr in die Sowjetunion**
 - III. **Stabilität als Wert als solche oder eine einbetonierte Zukunft?**
 - IV. **Auswirkungen auf die Wirtschaft**
 - 1. **Bremse durch das hierarchische System**
 - 2. **Möglicher Brain-Drain**
 - 3. **Der Vergleich mit China**
 - 4. **Beispiel für Vetternwirtschaft: Setschins Ölpreisspiel**
- D. **Zusammenfassung**

Zitierweise: Steininger, A., *Musste das wirklich sein? – Kommentar zur Verfassungsreform in Russland*, O/L-1-2020, https://www.ostinstitut.de/documents/Steininger_Kommentar_zur_Verfassungsreform_in_Russland_OL_1_2020.pdf.

* Prof. Dr. Andreas Steininger, Ostinstitut Wismar.

Steininger - *Musste das wirklich sein? – Kommentar zur Verfassungsreform in Russland*, Ost/Letter-1-2020 (April 2020)

A. Musste das wirklich sein?

Für jeden, der im Westen Russland immer gegenüber seinen Kritikern verteidigt hat, für jeden der sich als „Russlandverstehender“ und ewig gestrigen bezeichnen lassen musste, sind die Bilder aus der Duma vom 10. März 2020, wo an diesem Tag die Verfassungsänderung zugunsten einer möglichen Verlängerung der Amtszeit von Präsident Putin bis in das Jahr 2036 beschlossen wurde, wie ein Tritt in die Kniekehlen. Musste diese Inszenierung wirklich sein?

Dabei geht es hier nicht allein um die Frage eines Verständnisses von Demokratie, sondern auch darum, Russland als einen aufgeklärten und modernen Staat wahrzunehmen, der nicht im Beton von Strukturen erstarrt, die noch aus der Sowjetunion stammen könnten: erinnerte: nach einer mehr oder weniger offenen Diskussion trat plötzlich die altgediente Kosmonautin Valentina Vladimirovna Tereškova auf und verlangte vor dem Hintergrund der instabilen Weltpolitik, dass Vladimir Vladimirovitsch noch im Zweifel weiter machen möge. Dieser schneite dann auch „zufällig“ in der Duma vorbei, zierte sich ein wenig, und die Duma beschloss das Änderungsgesetz, welches Präsident Putin bis 2036 (!) den Weg frei macht. Im Westen blieb der Aufschrei aus, Russland hatte quasi Glück, dass die Coronakrise die Ereignisse über die Verfassungsänderung überschattete.

In diesem Ost/Letter findet sich eine eingehende und umfangreiche Analyse von Otto Luchterhandt¹, der die Details der Ereignisse vom 15. Januar 2020 bis zum 10. März 2020 beschreibt und analysiert. Dieser Beitrag versucht lediglich die Vorkommnisse noch einmal zusammenzufassen und zu kommentieren – auch im Hinblick auf die möglichen Folgen dieser Tage.

B. Zickzackkurs zum Machterhalt: vom 15. Januar 2020 bis zum 10. März 2020

Die Umstrukturierung Russlands begann am 15. Januar 2020 mit der traditionellen Botschaft des Präsidenten, der so genannten „Poslanie“. Etwas bemüht, durch journalistische Fragen hölzern provoziert, wurde vor dem Hintergrund der 20-jährigen Präsidentschaft Putins das Thema der Verfassungsänderung in das Zentrum der Veranstaltung gerückt. Präsident Putin nahm diese Anregung auf und verkündete neben einem Potpourri angestrebter Verfassungsänderungen auch die verfassungsmäßige Implementierung des Staatsrates².

¹ Siehe Luchterhandt, O., Vladimir Putin schafft Klarheit: Präsident Russlands de facto auf Lebenszeit: Teil 1 und Teil 2, O/L-1-2020 (Teil 1):

https://www.ostinstitut.de/documents/Luchterhandt_Vladimir_Putin_schafft_Klarheit_Präsident_Russlands_de_facto_auf_Lebenszeit_Teil_1_OL_1_2020.pdf und Teil 2:

https://www.ostinstitut.de/documents/Luchterhandt_Vladimir_Putin_schafft_Klarheit_Präsident_Russlands_de_facto_auf_Lebenszeit_Teil_2_OL_1_2020.pdf.

² Siehe Luchterhandt, Fn. 1, Teil 1.

I. Der Auftakt: die „Poslanie“ am 15. Januar 2020 und Rücktritt der Regierung Medvedevs

Infolge dieser „Poslanie“ des Präsidenten wurde bisweilen spekuliert, dass Präsident Putin beabsichtige, nach dem Ende seiner Präsidentschaft im Jahre 2024 über einen erstarkten Staatsrat, der bislang grundsätzlich nur beratende Funktion hatte, Russland de facto weiter zu regieren³.

Diese Vermutung wurde auch dadurch befeuert, dass der treue Dmitrij Medvedev unmittelbar nach der Zeremonie in der Manege seinen Posten als Ministerpräsident räumte und umgehend danach stellvertretender Vorsitzender des Sicherheitsrates der Russischen Föderation installiert wurde.⁴ Als Ministerpräsident wurde der Technokrat und Chef des Föderalen Steuerdienstes, Michail Mišustin, ernannt. Man konnte also den Eindruck gewinnen, dass Präsident Putin eine ihm ergebene neue Regierungsmannschaft aus Beamten für eine Übergangszeit inthronisieren wollte, um im Zweifel nach Belieben schalten und walten zu können.

Warum Dmitrij Medvedev auf den vergleichsweise unbedeutenden Posten des stellvertretenden Vorsitzenden des Sicherheitsrates der Russischen Föderation entsorgt wurde, lässt sich nur mutmaßen. Tatsächlich war Medvedev in den vergangenen Jahren immer wieder durch Ungeschicklichkeiten aufgefallen. Sein Rückhalt in der Bevölkerung schwand auch deshalb, da er nach verschiedenen Berichten in der Presse mit märchenhaften Reichtum in Verbindung gebracht wurde, was seiner Reputation schadete.⁵

Wenn die Annahme richtig sein sollte, dass Medvedev aufgrund seiner Fehlritte versetzt wurde, so lässt sich an diesem Beispiel dennoch gut erkennen, dass Putin langen Weggefährten gegenüber grundsätzliche loyal bleibt.

II. Das vermeintliche Ziel: die Stärkung des Staatsrates

Unmittelbar nach der „Poslanie“ am 15. Januar 2020 eine so genannte „Arbeitsgruppe“ eingerichtet, welche den Reformprozess der Verfassung beratend begleiten sollte⁶. Diese Arbeitsgruppe besteht im

³ <https://www.cicero.de/aussenpolitik/putin-russland-regierung-ruecktritt-medwedjew-operation-machtverlaengerung>; <https://www.dw.com/de/russische-regierung-unter-ministerpr%C3%A4sident-medwedew-tritt-zur%C3%BCck/a-51786013>.

⁴ Der Sicherheitsrat der RF ist ein beratendes Verfassungsorgan beim russischen Präsidenten, das die Entscheidungen des Präsidenten über den Schutz der lebenswichtigen Interessen des Einzelnen, der Gesellschaft und des Staates vor inneren und äußeren Bedrohungen sowie über die Umsetzung einer einheitlichen Staatspolitik zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit vorbereitet. Der Vorsitzende des Rates ist Präsident Putin. Die weiteren Mitglieder sind der wichtigsten Politiker Russlands, darunter der Regierungschef, Vorsitzender der Duma, Vorsitzende des Föderationsrates, Direktor des Auslandsnachrichtendienstes, Verteidigungs-, Innen- und Außenminister, Direktor des FSB, Leiter der Präsidialverwaltung.

⁵ <https://www.zeit.de/2017/25/alexej-nawalni-russland-opposition-wladimir-putin/seite-2>.

⁶ Siehe Luchterhandt, Fn. 1, Teil 1 Seite 10.

Wesentlichen aus den Repräsentanten gesellschaftlicher Gruppierungen und Organisationen und vermittelt so den Eindruck der Einbeziehung der russischen Bevölkerung in den Reformprozess.

Diese Arbeitsgruppe erarbeitete mit Unterstützung der Regierung ein Reformgesetz, das neben einigen sozialen Wohltaten vor allem auch die Regelung zur Änderung von Art. 81 Abs. 3 der russischen Verfassung enthielt, dass ein Präsident nicht zweimal hintereinander dieses Amt bekleiden darf. Durch die Streichung des Wortes „hintereinander“ ist eine Verschärfung der Regelung festgelegt worden, die zu Lasten der auf Putin folgenden Präsidenten geht.

Besonderes Augenmerk wurde wohl bei dem Reformgesetz aber auf die Kräftigung des eigentlich nur beratenden Staatsrates gelegt, der quasi mit präsidentialen Kompetenzen ausgestattet werden sollte⁷. Tatsächlich passte diese Stärkung des Stadtrates zu der Vermutung, Präsident Putin werde in Zukunft als Vorsitzender dieses Gremiums quasi präsidential neben einem Präsidenten führen.

III. Die Überraschung: Ergänzung von Art. 83 Abs. 3 der russischen Verfassung

Doch die Erwartung, Putin werde in Zukunft Russland über den Staatsrat auch über das Datum 2024 hinausführen, erwies sich auf einmal als trügerisch. Was genau geschehen ist, darüber lässt sich nur spekulieren. Fakt ist jedoch, dass Putin bei einer Begegnung mit Bürgern am 6. März 2020 in Iwanowo verkündete, dass er keine Doppelherrschaft zwischen Staatsrat einerseits und Präsidentschaft andererseits wolle.⁸ Dies stellte ganz klar ein Abweichen von der bisher vermuteten Linie dar, dass Putin nach 2024 den mit präsidentialen Kompetenzen ausgerüsteten Staatsrat übernehmen und von dort aus Russland steuert. Auf einmal war auch eine Verlängerung der Präsidentschaft wieder eine Option. Die Motivation für diesen Sinneswandel ist kaum ergründen.

IV. Das Finale: die Duma-Sitzung am 10. März 2020

Am 10. März 2020 sollte dann das verfassungsändernde Gesetz in der Duma im Eilverfahren durchgeprüft werden⁹. Nun kam es zu dem, was zutreffender Weise in den westlichen Medien bisweilen als „Polittheater“¹⁰ oder gar Schmierenkommödie charakterisiert wurde, die tatsächlich an einem Parteitag der KPdSU erinnerte: wie eingangs dieses Beitrages erwähnt trat die altgediente Kosmonautin und erste Frau im Kosmos, die Abgeordnete Valentina Vladimirovna Tereškova im

⁷ Siehe unter anderen Beitrag von Professor Luchterhandt, Fn. 1, Teil 1 Seite 15, wonach die wichtigste Kompetenz des Präsidenten Russlands den Staatsrat übertragen werden, nämlich „die Hauptrichtungen der Innen- und Außenpolitik des Staates zu bestimmen“ (Art. 80 Abs. 3), sowie die dem Präsidenten von Art. 85 Abs. 1 Verf. RF übertragene Funktion des Vermittlers und Schiedsrichters zwischen den föderalen und regionalen Verfassungsorganen.

⁸ Siehe Luchterhandt, Fn. 1, Teil 2 Seite 4; Protokoll auf der Homepage des Kremls: <http://kremlin.ru/events/president/news/62953>.

⁹ Siehe dazu auch Luchterhandt, Fn. 1, Teil 2 Seite 6.

¹⁰ Treffend Rüesch, Andreas: Putin veranstaltet ein schäbiges Theater, in Neue Zürcher Zeitung (NZZ) v. 12.3.2020, S. 19;

Rahmen der zweiten Lesung des verfassungsändernden Gesetzes ans Mikrofon und hielt eine emotionale Rede, dass in schwierigen Zeiten des Wandels wie heute nur eine Präsidialmacht stabile Verhältnisse gewährleisten könne. Wichtig sei vor allem Stabilität. Und nur diese. Und diese Präsidialmacht müsse ein Mensch ausfüllen, dem man vertraue und der unter schwierigsten Umständen wichtige Entscheidungen getroffen habe.¹¹ Mit anderen Worten: Putin möge Präsident bleiben.

Die Abgeordnete Tereškova brachte dementsprechend einen Antrag ein, Art. 81 Abs. 3 der Verfassung der Russischen Föderation durch einen Art. 81 Abs. 3¹ wie folgt zu ergänzen, dass die Anzahl der Amtszeiten auf zwei Amtszeiten begrenzt wird, jedoch *„ohne Berücksichtigung der Anzahl der Amtszeiten, in denen es diese Position zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes innehatte und (oder) innehat“*.¹² Damit sind alle nachfolgenden Präsidenten auf eine zweimalige Amtszeit festgelegt, nicht jedoch die bisherigen Präsidenten Putin und Medvedev. Mit dieser Regelung wird die bisherige Tätigkeit quasi „auf Null gesetzt“.

Parlamentspräsident Volodin unterbrach daraufhin die Sitzung, bestellte die Fraktionsvorsitzenden ein und ließ Präsident Putin bitten, sich zu dem Vorschlag zu äußern, seine Präsidentschaft nach 2024 faktisch weiter zu führen. Tatsächlich erschien Putin dann quasi „spontan“ – es sollte so aussehen, als sei er gerade zufällig vorbeigekommen, als sei dies alles nicht geplant, um den Eindruck zu erwecken, das Parlament äußere diesen Wunsch autonom.

Putin zeichnete in dieser Rede vor der Duma das Bild einer in Unruhe geratenen Welt, wobei er sogar auf Coronakrise und Preisschwankungen einging.¹³ Es klang ein wenig wie eine Rechtfertigung für eine weitere Verlängerung seines Dienstes.

Bei der fast unmittelbar danach folgenden Abstimmung entschied die Duma mit überwältigender Mehrheit für das Änderungsgesetz, insbesondere auch für die Änderung von Art. 81 Abs. 3¹ der russischen Verfassung, dieser Lex Putin, wonach dessen Dienstzeit quasi wieder auf null gesetzt wird. Gleichzeitig wurde auch noch das Verfassungsgericht zur Stellungnahme bemüht, ob die Verfassungsänderung verfassungsgemäß sei. Wie Otto Luchterhandt schreibt, kam das Gericht

¹¹ Rede in der Sitzung vom 10.3.2020, Protokoll: <http://transcript.duma.gov.ru/node/5421/>.

¹² <http://duma.gov.ru/news/48045/>. Art. 81 Abs. 3¹ der russischen Verfassung: „Die Bestimmung des Art. 81 Abs. 3 der Verfassung der RF, die die Zahl von Amtszeiten beschränkt, im Verlauf derer eine und dieselbe Person das Amt der Präsidenten der RF innehaben darf, findet auf die Person, welche das Amt des Präsidenten der RF inne gehabt und (oder) inne hat, ohne Anrechnung der Zahl der Amtszeiten Anwendung, im Verlauf derer sie dieses Amt im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Korrektur der Verfassung der RF inne hatte und (oder) inne hat, welche die entsprechende Beschränkung eingefügt hat, und schließt für sie nicht die Möglichkeit aus, das Amt des Präsidenten der RF im Verlauf der Amtszeiten inne zu haben, die von der genannten Bestimmung [gemeint ist Art. 81 Abs. 3] zugelassen wird“.

¹³ Siehe Luchterhandt, Fn. 1, Teil 2 Seite 8.

vorhersehbar zu einem positiven Ergebnis.¹⁴ Am 16. März 2020 wurde das verfassungsändernde Gesetz in der Rossijskaja Gazeta veröffentlicht.

Damit war das Projekt Machterhalt für Putin in die richtigen Bahnen gelenkt.

C. Versuch einer Bewertung der Verfassungsänderung zur Verlängerung der Präsidentschaft Putins

Ungeachtet der juristischen Feinheiten und der Überlegung, ob und inwieweit diese Verfassungsänderung rechtmäßig ist, stellt sich die Frage, wie das Verfahren der Verfassungsänderung und die zwölfjährige Verlängerung der Präsidentschaft Putins über das Jahr 2024, also insgesamt bis zum Jahre 2036, für Russlands zu bewerten ist.

I. Vielleicht will Putin gar nicht mehr?

In den vergangenen Wochen wurden bisweilen Stimmen laut, wonach es zweifelhaft sei, dass Putin nach dem Jahre 2024 überhaupt weiter Präsident der Russischen Föderation bleiben wolle.¹⁵ Vielmehr habe er mit der Verfassungsänderung bewirken wollen, die nächsten vier Jahre nicht als „lame duck“ bzw. als Präsident auf Abruf zu gelten.

Allerdings scheint diese Überlegung eher unwahrscheinlich. Nach 20 Jahren Präsidentschaft in Russland hat Putin genügend Autorität, um sich etwaigen Angriffen oder Konkurrenten zu widersetzen. Vielmehr noch, ist existieren überhaupt keine Konkurrenten.

Der oben dargestellte Zickzackkurs zum Machterhalt vom 15. Januar bis zum 10. März 2020 scheint vielmehr darauf schließen zu lassen, dass zunächst nicht ganz klar war, wie man an der Macht bleiben könne und dies zunächst über den Staatsrat den Machterhalt steuern wollte. Dann mag irgendein Ereignis in der Folgezeit, spätestens aber vor dem 6. März 2020, Putin zum Umdenken gebracht zu haben, so dass er sich wohl anschickte, die Verfassungsänderung vornehmen zu lassen. Alleine der Aufwand dieser ganzen Ereignisse scheint dagegen zu sprechen, dass es lediglich darum ging, die nächsten vier Jahre noch in starker Position zu verbringen.

II. Die Art und Weise der Verfassungsänderung: Rückkehr in die Sowjetunion

Wie bereits in Abschnitt A dargestellt haben viele Vertreter seriöser Medien in westlichen Ländern die Ereignisse vom 10. März 2020 bzw. den Ablauf der Verfassungsänderung als „Polittheater“ bezeichnet.

Selbst der eingefleischteste „Russlandverstehrer“ wird diesem Urteil leider zustimmen müssen. Mehr noch, die Art und Weise, wie die Verfassungsänderung abgelaufen ist, erinnert erschreckend an

¹⁴ Luchterhandt, Fn. 1, Teil 2 Seite 12 ff.

¹⁵ <https://svpressa.ru/politic/article/259508/>; <https://www.kommersant.ru/doc/4298694?query=путин>
хромая утка.

Parteitage der KPdSU: eingeübte Debatten, dann der Auftritt eines Helden oder verdienten Arbeiters der Sowjetunion, der die Einigkeit des Landes und die Notwendigkeit der Härte und starken Hand beschwört, die dann teilweise „überraschte“ Reaktion von Mitgliedern des Politbüros (hier das mehr oder weniger zufällige Erscheinen Putins auf der Bühne der Duma), die Appelle an Stabilität und Nationalstolz, das Aufrufen schwieriger Zeiten, die nur von einem überwunden werden können... All das lässt sich – wenn auch nicht in vollständiger Übereinstimmung, doch dann von der Art und Weise – schon bei Solschenizyn nachlesen.

Der Schaden, der gerade durch dieses Verfahren der Verlängerung der Präsidentschaft Putins im Ausland hervorgerufen wird, ist immens. Es ist kaum mehr möglich, hierfür noch Rechtfertigungsgründe zu erkennen oder Russland als Staat wahrzunehmen, der im 21. Jahrhundert angekommen ist.

Dabei geht es gar nicht um die Frage, ob man Demokratie grundsätzlich positiv bewertet. Sicherlich kann man – auch wenn dies ausdrücklich nicht die Meinung des Autors ist – der in Russland häufig vertretenen Auffassung sein, dass bestimmte Länder ab einer bestimmten Größe nur mit autokratischen Mitteln zu regieren sind. Das Problem allerdings bei der Vorgehensweise der Verfassungsänderung ist vor allem, dass sie den Geist der Sowjetunion atmet und damit vollständig rückwärtsgewandt ist.

Auch muss man konstatieren: Russland befindet sich nunmehr gänzlich auf den Weg in eine Autokratie eines Mannes und seines Umfeldes.

III. Stabilität als Wert als solche oder eine einbetonierte Zukunft?

In der Rede der Kosmonautin und Abgeordneten der Duma Valentina Vladimirovna Tereškova klingt immer wieder ein Argument durch, das auch in Russland in der Bevölkerung weit verbreitet ist: in Zeiten der Krise, in Zeiten der Instabilität, in Zeiten der äußeren Bedrohung benötige man Stabilität und nicht den Machtwechsel in das Ungewisse. Stabilität wird mehr noch als in anderen Ländern als Wert als solche aufgefasst.

Daran ist grundsätzlich nichts auszusetzen. Allerdings kann eine Stabilität, die bereits über 20 Jahre besteht und noch weitere 16 Jahre bestehen soll, zum Betonklotz bei der Entwicklung eines Staates werden. Dabei geht es ja nicht nur darum, dass Putin Präsident bleibt. Der Umgang selbst mit bei der Bevölkerung in Ungnade gefallenen Politikern wie Medvedev zeigt, dass Putin umgeben ist von einer Wagenburg an treuen Gefährten in der präsidentialen Administration und in den Ministerien. Auch sie werden bleiben, auch sie werden wieder auf treue Gefährten setzen, sodass sich im Laufe der Jahre – wenn nicht bereits geschehen – eine Art mittelalterliche Lehenstypyramide ausbilden dürfte. Ein ganzer Staatsapparat, der auf gegenseitigen Abhängigkeiten und Begünstigungen aufgebaut ist.

Schon in Deutschland, nach nunmehr 15 Jahren der Regierung Merkel, ist wahrnehmbar, dass Machtvakua entstanden sind, da sich kaum die Chance ergab, dass neue und frische Leute nachrücken konnten. Dies gilt umso mehr für Russland aufgrund seiner sowieso schon hierarchischen Struktur und der ungeheuren zeitlichen Länge der Präsidentschaft Putins. Jede Dynamik, jeder neue Gedanke wird im Keim erstickt. Hierzu bedarf es am Ende gar keine Repressionen mehr; allein die sich immer weiter ausdehnende macht Struktur wird jede Initiative fast unmöglich machen.

Schon jetzt sitzen in den Provinzen bzw. in den Oblast` des Riesenreiches häufig Gouverneure, die alleine nur noch der Zentralregierung hörig sind, sich aber ansonsten wie kleine Potentaten verhalten.

IV. Auswirkungen auf die Wirtschaft: Vergleich mit China und Setschins Ölpreisspiel

Grundsätzlich liebt die Wirtschaft die politische Stabilität, so dass man davon ausgehen könnte, dass die Unternehmen, sowohl die russischen, als auch die in Russland tätigen deutschen Gesellschaften, diese neue Volte eher positiv sehen werden. Dies gilt umso mehr, als dass Putin sich grundsätzlich immer für eine Förderung der Wirtschaft stark gemacht hat.

1. Bremse durch das hierarchische System: alle können verhindern, keiner entscheidet

Auf der anderen Seite kann zu viel Stabilität auch die Verhältnisse einfrieren. Dies lässt sich am Beispiel der sogenannten Sonderinvestitionsverträge darstellen: diese sollten nach Beginn der westlichen Sanktionen gegenüber Russland die heimische Industrie dadurch stärken das Unternehmen, die in Russland investierten, besondere Vergünstigungen zuteil werden. Seit 2014 wurden allerdings nicht mehr als knapp 45 derartiger Verträge geschlossen.¹⁶ Der Hintergrund besteht in einer Vielzahl von Unterlagen, Nachweisen und Dokumenten, die für ein derartige Verträge von den Unternehmen bereitgestellt werden müssen. Der bürokratische Aufwand ist immens und auch die Verhandlungen mit dem Wirtschaftsministerium, dass am Ende die Vergünstigungen gewähren muss, gestalten sich in der Regel schwierig.

Nun konnte man die Frage stellen, was diese Probleme mit einem hierarchischen System sowie einer Verlängerung der Präsidentschaft Putins zu tun haben.

In einem hierarchischen System, wie es in Russland besteht und immer weiter vorangetrieben wird, werden die Entscheidungen tendenziell immer an den Vorgesetzten weitergereicht. Niemand, der in einer Lehenpyramide von den jeweiligen Vorgesetzten abhängig ist, wird eigenständig gerne eine Entscheidung treffen, umso weniger, je mehr Geld damit zusammenhängt. Dies führt zu dem Problem aller hierarchischen Systeme: alle können verhindern, keiner entscheidet. Dieser Effekt dürfte sich durch eine Verlängerung der Präsidentschaft Putins noch weiter verstärken.

¹⁶ Nach Angaben des russischen Fonds der Entwicklung der Industrie wurden auf föderaler Ebene 45 SPIKs unterzeichnet https://frprf.ru/proekty-i-zayavki/proekty/?region=&branch=&type_support=2063&PAGEN_1=9.
Steinger - Musste das wirklich sein? – Kommentar zur Verfassungsreform in Russland, Ost/Letter-1-2020 (April 2020)

2. Möglicher Brain-Drain

Schließlich kann die betonierte Stabilität vor allem dazu führen, junge und aufstrebende Geister, die in Russland keine Möglichkeit zur Entfaltung mehr sehen, ins Ausland zu treiben. Dies gilt übrigens insbesondere für einen Whisky, auf die Russland in der letzten Zeit sehr stolz war: die Software schmieden und IT-Industrie, welche in den letzten Jahren einen rasanten Aufstieg genommen hat. Allerdings besteht das Wesen dieser Industrie vor allem darin, frei denken und handeln zu können (ein Problem, das ich übrigens nicht nur in Russland ergibt). Deshalb ist nicht auszuschließen, dass viele erfolgreiche Experten sich von Russland abwenden könnten.

3. Der Vergleich mit China

Häufig wird das Argument genannt, China stehe auch unter einer politischen Diktatur, funktioniere hingegen wirtschaftlich besonders gut. Dies werde in Russland auch so sein.

Dem kann man nur entgegenhalten, dass China über ein Wachstum schlechtestenfalls von 6 bis 7 % im Jahr verfügt¹⁷, Russland allerdings nur über ein Wachstum von 1,0 % bis maximal 1,5 % bestenfalls. Die chinesische Wirtschaft ist diversifiziert und produktionsorientiert, die russische Wirtschaft ist im Wesentlichen auf die Förderung von Öl, Gas und natürlichen Ressourcen fokussiert von einigen Sonderprodukten wie Militärtechnik und erfreulicherweise zuletzt auch Agrarprodukte einmal abgesehen.

4. Beispiel für Vetternwirtschaft: Setschins Ölpreisspiel

Interessant in diesem Zusammenhang ist auch das Ölpreisspiel, das Igor Setschin als Vorstandsvorsitzender von Rosneft Anfang des Jahres anzettelte: es kam zu keiner Einigung mit Saudi-Arabien im Hinblick auf die Ölförderung, sodass der Ölpreis nunmehr unter 35 USD/Barrel fiel. Da Russland selber einen Ölpreis von annähernd 45 USD benötigt, um in die Gewinnzone zu kommen, wäre sicherlich sinnvoll gewesen, die Produktion zu drosseln und sich mit der OPEC zu einigen¹⁸. Allerdings scheint Setschin eine derartige Entscheidung verhindern zu wollen, um vor allem der amerikanischen Fracking-Industrie einen Schlag zu versetzen. Aber auch Russland wird man dafür bezahlen müssen. Nach diesem Muster könnte die russische Industrie und Wirtschaftspolitik in den nächsten Jahren verstärkt geführt werden.

¹⁷ Die Wachstumsrate von China betrug 2019 6,1 %, <https://www.welt.de/wirtschaft/article205091428/China-So-langsam-wuchs-die-Wirtschaft-seit-fast-30-Jahren-nicht-mehr.html>.

¹⁸ <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/streit-mit-der-opec-putins-heikler-oel-poker-16672563.html>.

Steininger - Musste das wirklich sein? – Kommentar zur Verfassungsreform in Russland, Ost/Letter-1-2020 (April 2020)

D. Zusammenfassung

Die am 10. März 2020 durchgesetzte Verfassungsänderung, die Präsident Putin ermöglichen wird, weitere zwölf Jahre nach 2024 im Amt zu bleiben, dürfte in Russland zu einer lehensartig strukturierten Stabilität führen, welche die politische und ökonomische Dynamik im Keim erstickt.

Besonders die Art und Weise der Verfassungsänderung am 10. März 2020 erinnert an einen Rückfall in die Sowjetunion und lässt Russland in einem wenig Vertrauen erweckend – auch für Investoren – erscheinen. Ein Vergleich mit China ist schon aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Struktur der Produktion unangebracht.

©Ostinstitut Wismar, 2020
Alle Rechte vorbehalten
Der Beitrag gibt die Auffassung des Autors wieder

Redaktion:
Prof. Dr. Otto Luchterhandt,
Dimitri Olejnik,
Dr. Hans-Joachim Schramm
Prof. Dr. Andreas Steininger

Ostinstitut Wismar
Philipp-Müller-Straße 14
23966 Wismar
Tel +49 3841 753 75 17
Fax +49 3841 753 71 31
office@ostinstitut.de
www.ostinstitut.de

ISSN: 2366-2751